

Sitzung des NÖ Landtages

Aktuelle Stunde zu "Gerechtigkeit in Niederösterreich – gleiche Lebensqualität für alle Landesbürgerinnen und Landesbürger"

Der Landtag von Niederösterreich trat heute unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine **Aktuelle Stunde** zum **Thema "Gerechtigkeit in Niederösterreich – gleiche Lebensqualität für alle Landesbürgerinnen und Landesbürger"** abgehalten.

Abgeordneter Herbert **T h u m p s e r** (SP) erörterte zunächst den Begriff Gerechtigkeit und ging dann auf die einzelnen Bereiche ein, in denen seine Fraktion einen Bedarf nach Gerechtigkeit sieht. Zu Beginn sprach er den Bereich der Kinderbetreuung an und meinte, dass zwar die Wirtschaft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Flexibilität verlange, eine entsprechende Flexibilität bei den Kinderbetreuungseinrichtungen allerdings nicht gegeben sei. Punkto Bildungssystem merkte er an, dass es keine Gerechtigkeit im Hinblick auf den Zugang zur Bildung gebe. Die Ganztags- bzw. die Gesamtschule sei im Sinne der Gerechtigkeit für alle Kinder im Land zu fordern. Gerechtigkeit müsse es auch im Hinblick auf die Bedarfszuweisungen sowie im Hinblick auf den sozialen Ausgleich geben. Hierzu sprach er u. a. den Heizkostenzuschuss, die Pendlerhilfe oder auch die Zweckwidmung der Wohnbauförderung an. Weiters widmete er sich der Frage nach Pflege und Versorgung, das Modell „Versorgt vor Ort“ führte er als Beispiel für eine gerechte Lösung an.

Abgeordneter Jürgen **M a i e r** (VP) führte den erfolgreichen Weg Niederösterreichs ins Treffen und erinnerte daran, dass in der Vergangenheit im Landtag viele einstimmige Beschlüsse gefasst worden seien. Zum Thema Pflege sage er, dass es in allen Regionen des Landes 110 Heime gebe. Zur Kinderbetreuung sagte er, dass hier mit der

Kindergartenoffensive zuletzt ein großer Prozess gestartet worden sei. Es gebe aktuell 1.055 Landeskindergärten, man habe 420 Millionen Euro in den Ausbau der Infrastruktur investiert. Zudem stünden Horte und Tagesmütter zur Verfügung.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) führte aus, dass seine Fraktion „gleiche Startbedingungen für alle“ fordere. Dies beginne bereits bei der Geburt, bei der Kinderbetreuung müsse es Wahlfreiheit geben. Er sprach sich für „Deutsch vor Schuleintritt“, für die Aufwertung von Hauptschulen sowie für eine andere Sicherheitspolitik als die gegenwärtige aus.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) ging auf die Wortmeldung von Abgeordnetem Thumpser ein und merkte an, dass es nur bedingt die gleiche Lebensqualität für alle geben könne, da Lebensqualität ein subjektiver Begriff sei. Im Anschluss ging er auf die Erfolgsstory des Bezirkes Mödling ein. Gerechtigkeit sei Chancengleichheit, das heiÙe auch differenzierter Zugang zur Bildung und eine Durchlässigkeit der Schulsysteme. Die VP stehe für Wahlfreiheit statt Zwang und Gleichmacherei. Wahre Gerechtigkeit basiere auf Personalität, Subsidiarität und Solidarität.

Abgeordneter Amrita E n z i n g e r (G) betonte, zur Gerechtigkeit in Niederösterreich sei es noch ein langer Weg. So würden Hauptschulen gegen Gymnasien ausgespielt, eine flächendeckende flexible Kinderbetreuung verhindert und das 365 Euro Ticket für den öffentlichen Verkehr nicht umgesetzt. Aus grüner Sicht sei das 365 Euro Ticket die ultimative Mobilitätsoffensive.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) meinte, die Regionalförderung sei ein Musterbeispiel für Gerechtigkeit. 629 Euro habe jeder Niederösterreich im Zuge dieser Regionalförderung in die Hand bekommen, sie sei der Motor für das Land gewesen. Landeshauptmann Pröll sei der Garant für die Gerechtigkeit in Niederösterreich.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, die anderen Parteien stünden für Geld für Griechenland und Kürzungen für österreichische Staatsbürger. Gerechtigkeit sei, Politik für die eigenen Menschen zu machen.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) meinte, Niederösterreich sei nach Kärnten das am zweithöchsten verschuldete Bundesland. Die NÖ Gemeinden lägen überhaupt an der Spitze. Die SP fordere mehr Transparenz, mehr Gerechtigkeit und mehr Sparsamkeit.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) meinte, seine Fraktion wolle mehr Gerechtigkeit für die Menschen in den Regionen ermöglichen. Gerechtigkeit sei aber nur möglich, wenn auch Chancengleichheit bestehe. Auch die Finanzmittel bzw. die Bedarfszuweisungen für die Gemeinden in Niederösterreich würden gerecht verteilt werden. Es brauche eine Balance zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum.

Die folgenden drei Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 2011** (Berichterstatter: Abgeordneter Franz G r a n d l , VP)
- **Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 2011** (Berichterstatter: Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r , VP)
- **Bericht der Landesregierung betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds; Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 2011** (Berichterstatter: Abgeordneter Franz G r a n d l , VP)

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) eröffnete die Debatte: Die Einkommenssituation für die Landwirte habe sich in einigen Sektoren verbessert. Leider sei ein Rückgang von 33 Prozent bei der Anzahl der Nebenerwerbsbauern in den letzten Jahren zu verzeichnen gewesen, was auf die sich ändernde Agrarstruktur zurückzuführen sei. Er brachte zusammen mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend der geplanten Einheitswerterhöhung ein.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) sprach von der hohen Leistungsfähigkeit der niederösterreichischen Landwirtschaft, was sich auch im Grünen Bericht widerspiegle. Die Land- und Forstwirtschaft sei in Österreich nach wie vor kleinstrukturiert. Mehr als ein Drittel der Betriebe würden in Niederösterreich von Frauen geführt. Auf Grund der guten Ernte im Jahr 2011 hätten sich die Einkommen für die Landwirte erhöht. 85 Prozent der Menschen würden laut einer aktuellen Umfrage eine gepflegte Landschaft schätzen. Die gemeinsame Agrarpolitik für die Periode 2014 bis 2020 werde eine große Herausforderung für die heimische Politik sein. Wichtig sei dabei, möglichst viel Geld für die niederösterreichische Landwirtschaft aus Brüssel zurückzuholen. In diesem Zusammenhang brachte sie gemeinsam mit dem Abgeordneten Sulzberger ei-

nen **Resolutionsantrag** betreffend Zukunftsmöglichkeiten für den ländlichen Raum 2014 bis 2020 ein.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, 30 Prozent des Produktionswertes der heimischen Landwirtschaft werde in Niederösterreich erzeugt. Im Jahr 2001 seien noch 166.000 Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt gewesen. Aktuell verzeichnet die Landwirtschaft nur mehr 140.000 Beschäftigte. Die Anzahl der Biobetriebe sei von 17.000 auf 21.000 gestiegen. Der biologische Landbau sei für Mensch, Tier und Umwelt das Beste. Die weltweite Temperaturerhöhung bringe auch eine große Umstellung für die niederösterreichische Landwirtschaft mit sich. Einen positiven Trend sah sie bei den Winzern, weil in diesem Bereich die Bioproduktion gestiegen sei.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, dass es in den vergangenen Jahren ein drastisches Bauernsterben gegeben habe.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) hielt fest, dass 24 Prozent aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Österreichs in Niederösterreich zu finden seien, deren Zahl aber im Abnehmen begriffen sei. Die Strukturen in der Landwirtschaft hätten sich in den vergangenen Jahren geändert, kleinere Betriebe hätten es besonders schwer. Bei der Tierproduktion sei man in Niederösterreich auf einem guten Weg, auch in der Forstwirtschaft habe es im Vorjahr eine positive Entwicklung gegeben, es seien sehr gute Preise erzielt worden. Zur Aufteilung der Förderungsgelder meinte er, dass die kleineren Betriebe mehr erhalten sollten. Seine Fraktion nehme den Bericht zur Kenntnis.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) ging detailliert auf den Grünen Bericht 2011 ein und merkte u. a. an, dass es Verbesserungen im Ertrag und höhere Erntemengen gegeben habe und dass Eigenkapitalbildung möglich gewesen war. Die Erzeugerpreise seien um 15 Prozent höher als 2010 gewesen, aber auch Futtermittel und dergleichen sei teurer gewesen. Im Detail ging er auf die Milchwirtschaft ein, hier habe es eine Steigerung der Milchmenge gegeben. Zur Biolandwirtschaft meinte er, dass diese ein wichtiges Marktsegment sei, jedoch dem Markt entsprechen müsse. Zur Forstwirtschaft hielt er fest, dass diese sich äußerst positiv entwickelt habe und sehr gute Preise erzielt worden seien.

Der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 2011 wurde mit Mehrheit zur Kenntnis genommen. Der

Resolutionsantrag der Abgeordneten Lembacher und Sulzberger (Zukunftsmöglichkeiten für den ländlichen Raum 2014 – 2020) wurde einstimmig angenommen. Die Berichte über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 2011 und zum NÖ landwirtschaftlichen Förderungsfonds wurden mit Mehrheit zur Kenntnis genommen. Der Resolutionsantrag der Freiheitlichen (keine Einheitswert-erhöhung) wurde abgelehnt.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung der NÖ Landarbeitsordnung 1973 (NÖ LAO)**.

Der Antrag wurde ohne Debatte mit Mehrheit angenommen.

Die beiden folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung des NÖ Forstausführungsgesetzes.**
- **Änderung des Gesetzes über die NÖ Agrarbezirksbehörde.**

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) widmete sich dem Thema Agrarbezirksbehörde und hielt dazu fest, dass seiner Fraktion der vorliegende Entwurf zu wenig weit gehe. Die Agrarbezirksbehörde sollte komplett ins Land übernommen werden. Er brachte hierzu einen **Resolutionsantrag** betreffend Eingliederung der Agrarbezirksbehörden in die NÖ Landesverwaltung ein.

Abgeordneter Josef B a l b e r (VP) meinte, dass die Anpassung der Sechsmonatsfrist der Absicherung der Feuerwehren und auch der Verwaltungseinsparung diene. Die aktuelle Zusammenlegung der Agrarbezirksbehörde bezeichnete er als sinnvollen Schritt und ging im Detail auf die Aufgaben dieser Behörde ein. Künftig solle es anstatt zehn nur sechs Fachabteilungen geben, die Synergie solle Einsparung bringen. Weiters käme es zu einer Kompetenzkonzentration, lange Verwaltungswege würden eingespart und die Kunden würden umfassende Lösungen erhalten.

Der Antrag betreffend Änderung des NÖ Forstausführungsgesetzes wurde einstimmig angenommen. Der Antrag betreffend Änderung des Gesetzes über die NÖ Agrarbezirksbehörde wurde mit den Stimmen von FP und VP angenommen. Der Resolutionsantrag (Eingliederung der Agrarbezirksbehörden in die NÖ Landesverwaltung) wurde abgelehnt.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Ver-
einbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine
Transparenzdatenbank.**

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) merkte an, hierzu keine Zustimmung er-
teilen zu können. 15a-Vereinbarungen hätten nur dort Sinn, wo es um Vereinbarungen
etwa zwischen zwei Bundesländern gehe. Bei einer bundesweiten 15a-Vereinbarung
handle es sich allerdings im eigentlichen um die Umgehung eines Bundesgrundsatzge-
setzes und der diversen Ausführungsgesetze. Zum Zweiten begründete sie ihre ableh-
nende Haltung damit, dass Datenschutz ein Grundrecht sei und jeder Eingriff in dieses
Grundrecht sehr gut begründet sein sollte. Im Bereich der Verwaltungsreform sei nichts
zustande gekommen. Beim Förderwesen gebe es die gleichen Unklarheiten und Über-
schneidungen. Der Finanzausgleich sei nicht mehr wirklich nachvollziehbar.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, die Aufnahme personenbezo-
gener Daten sei bedenklich. Jeder, der dies befürworte, verdiene den „Big Brother-
Award“. Was dem Bürger zugemutet werde, gelte allerdings nicht für Bund, Länder,
Gemeinden und ihre Verbände.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) betonte, die 74 Milliarden Euro an
direkten Förderungen stellten 26 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Österreich dar.
Bisher habe es keinen Überblick über Unterstützungsleistungen und Förderungen ge-
geben. Die vorliegende 15 a-Vereinbarung sei nur der Einstieg in die Transparenzda-
tenbank, aber ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Abgeordneter René L o b n e r (VP) sprach von mehr Transparenz und Service für
die Bürger inmitten des Förderdschungels, was erhebliche Einsparungen bringe. Die
Abschaffung von Doppelförderungen bringe mehr Effizienz und führe vom Gießkannen-
prinzip weg zu zielgerichteten und steuergeldsparenden Förderungen. In der ersten
Stufe würden keine personenbezogenen Daten übermittelt.

Der Antrag wurde mit VP-SP-Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Königsberger u. a. betreffend **Einführung einer Spritpreis-Deckelung von maximal 1,20 Euro/Liter**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Amrita E n z i n g e r (G) eröffnete die Debatte: Ihre Fraktion fordere das 365 Euro Ticket.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sagte, die rund 500.000 niederösterreichischen Pendler könnten sich die Fahrt zum Arbeitsplatz ohnehin kaum noch leisten. Beim „Spritpreis-Wahnsinn“ müsse endlich der Staat als Regulator eingreifen, 1,20 Euro seien genug.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) kündigte an, dass die SP mit der FP stimmen werde. In einem Flächenland wie Niederösterreich sei das Auto oft unabdingbar.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) meinte, die VP arbeite für die Pendler. Dabei nannte er insbesondere die Park & Ride-Plätze, den erfolgreichen Verkehrsdienstvertrag, die Investitionen in Schiene und Straße, die Förderungen für Schüler, Lehrlinge und Studenten sowie die neue Pendlerhilfe des Landes Niederösterreich ab 2013.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) replizierte, im Vergleich zu 2009 koste eine durchschnittliche Dieseltankfüllung um 24 Euro mehr. Daher sei es wichtig, alle Bürger zu entlasten.

Der Ausschuss-Antrag wurde mit der Mehrheit von VP und Grünen angenommen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Hafenecker, Mag. Hackl u.a. **betreffend NÖ Bekenntnis zur Wehrpflicht und dem Österreichischen Bundesheer**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) sprach sich dagegen aus, „immer wieder die gleichen Dinge zu diskutieren und abzustimmen“. Die Bevölkerung habe das Recht objektiv und ausreichend informiert zu werden.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) meinte, der Wehrdienst sei die gesetzliche Grundlage für den Zivildienst, das lasse sich nicht entkoppeln. Das Bundesheer

und die Wehrpflicht seien wichtige Wirtschaftsfaktoren und Sicherheitsfaktoren im Bundesland. Die Wehrpflicht sei für ihn eine nicht wegzudenkende Brandschutzversicherung.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) sagte, die Entscheidung am 20. Jänner sei eine zentrale Frage für das Land. Es brauche daher sachliche Information der Bevölkerung. Er persönlich halte ein Berufsheer für den richtigen Weg in die Zukunft.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) sagte, im Blick auf die europäische Situation gebe es Länder, die die Wehrpflicht abgeschafft haben, aber dabei große Probleme hätten. Die rund 2.500 Zivildienstler in Niederösterreich seien ein ganz wesentlicher Bestandteil der Blaulichtorganisationen. Ungefähr ein Drittel der Zivildienstler bleibe danach als Freiwillige.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, es gehe in dieser Frage um die Sicherheit der Bevölkerung, daher sei es wichtig, die Bevölkerung aufzuklären. Eine Volksarmee werde nie auf das eigene Volk schießen, betonte er.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der VP und FP mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 des Abgeordneten Dr. Michalitsch betreffend **Weiterentwicklung der Bürgerpartizipation in Niederösterreich.**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, viele Politiker würden ihre Verantwortung nicht wahrnehmen, worauf auch die hohe Politikverdrossenheit in der Bevölkerung zurückzuführen sei. Der Kern einer Demokratiereform im Bundesland Niederösterreich liege in dem Ende des Proporzsystems in der NÖ Landesregierung. In diesem Zusammenhang bedürfe es aber auch mehr Kontrollrechte für die Opposition.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) hielt fest, die Bevölkerung würde laut einer aktuellen Umfrage mehr mitreden und mehr entscheiden wollen. Die Politiker sollten die Bevölkerung mehr einbinden, wie dies beispielsweise bei der Abstimmung über die Wehrpflicht geschieht. Nun sei es Sache der Politik, die Rahmenbedingungen für mehr Demokratie abzuändern. Das System der Proporzregierung garantiere, dass sich die Wählerstimme auch in der Landesregierung wieder finde. In diesem Zusammenhang

brachte er mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend NÖ Demokratiepaket ein.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) verlangte eine getrennte Abstimmung zu den Punkten 1 und 2. Jeder Politiker müsse ein wenig mehr Vorbild sein, forderte sie. Eine Änderung der Landesverfassung bedürfe aber einer guten Vorbereitung.

Abgeordneter Dr. Martin **M i c h a l i t s c h** (VP) sagte, die Demokratie müsse immer weiterentwickelt werden. Die Europäische Union sei wichtig für Wohlstand und Frieden. Die Abgeordneten der Landtage hätten eine hohe Verantwortung wie auch Robert Menasse in einer Rede im Sitzungssaal des NÖ Landtages kürzlich festgestellt habe. In der Bundesverfassung stehe, dass die Landesregierung vom Landtag gewählt werde. Niederösterreich habe das beste System aller Bundesländer, um die politischen Repräsentanten an die Bevölkerung zu binden.

Abgeordnete Dr. Helga **K r i s m e r - H u b e r** (G) sagte, die SP habe eine getrennte Abstimmung gefordert und wolle damit der Forderung nach einer Direktwahl des Landeshauptmannes zustimmen.

Bei einer getrennten Abstimmung wurde der Punkt 1 des Antrages mit den Stimmen von VP, SP und Grüne angenommen sowie der Punkt 2 des Antrages mit den Stimmen von VP und Grüne. Der Zusatzantrag betreffend NÖ Demokratiepaket wurde bei namentlicher Abstimmung abgelehnt, von den 51 abgegebenen Stimmen entfielen 45 auf Nein.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Tauchner u. a. betreffend **Trennungsopter – Einführung der gemeinsamen Obsorge**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) meinte, dass im Begründungstext des Antrages Entscheidendes fehle und unterstrich, dass die Einigung der Elternteile auf gemeinsame Obsorge nicht verordnet werden könne. Diese gemeinsame Obsorge müsse erarbeitet werden. Darum sollte es in Konfliktfällen Schlichtungsstellen geben, man sollte hier auf Institutionen zurückgreifen, die in dieser Sache bereits Erfahrung haben. Zudem meinte Weiderbauer, dass das Thema auch schon in den Schulen angesprochen werden sollte. Generell sei die rechtzeitige Begleitung und Unterstützung der

Betroffenen das Gebot der Stunde, im Vordergrund stehe die Bewusstmachung – Eltern müssten ihre eigenen Befindlichkeiten zum Wohl des Kindes in den Hintergrund stellen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) meinte, dass Kinder oft als Druckmittel missbraucht würden, die Obsorge beider Elternteile sollte im Gesetz stehen. Kinder hätten das Recht auf beide Elternteile, de facto blieben Kinder und ledige Väter auf der Strecke.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) meinte, dass die gemeinsame Obsorge viel Sprengstoff in sich berge und definierte den Begriff Obsorge; dieser bedeute, dass man bis zum 18. Lebensjahr für das Kind sorgen und für das Kind Entscheidungen zu treffen habe. Mit der neuen gesetzlichen Regelung, die am 1. Februar 2013 in Kraft treten soll, würden auch ledige Väter ein Antragsrecht auf Obsorge erhalten. Zudem beinhalte die Regelung eine klare rechtliche Definition des Kindeswohls in zwölf Punkten. Das Kindeswohl sei das Maß aller Dinge. Als wichtig bezeichnet sie auch den österreichweiten Ausbau der Familiengerichtshilfe, dadurch würde es zu schnelleren Verfahren und auch mehr einvernehmlichen Lösungen kommen. Sie befürwortete auch eine Begleitung durch Psychologen bzw. Vermittler, verordnen sei nicht der richtige Weg. Überdies werde das Vetorecht der Mutter künftig entfallen, Väter könnten somit auch die alleinige oder gemeinsame Obsorge beantragen. Dabei müsse das Vorsprechen künftig nicht mehr vor Gericht erfolgen, sondern könne auch am Standesamt stattfinden. Außerdem solle das Besuchsrecht zum Kontaktrecht und besser durchsetzbar werden. Ihre Fraktion könne dem Antrag der FP nicht zustimmen.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) bezeichnete es als Fortschritt, dass durch die neuen Regelungen das Gericht für ein Kind Partei ergreifen könne. Zur Organisation „Väter ohne Rechte“ meinte er, dass dieser eigentlich „Kinder ohne Väter“ heißen sollte. Dem Abgeordneten Weiderbauer stimmte er insofern zu, als in dieser Thematik bereits sehr früh angesetzt werden sollte.

Der auf Ablehnung lautende Ausschussantrag wurde angenommen.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u.a. betreffend **keine Fußfessel für verurteilte Sexualstraftäter**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, dass sich das Parlament bereits hiermit beschäftigt habe und seine Fraktion die Thematik damit als erledigt betrachten.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, dass die Causa nicht so klar und ausreichend sei und seine Fraktion mit der neuen Regelung noch immer nicht leben könne. Jemand, der sich an Kinder vergreife, müsse tatsächlich ins Gefängnis kommen. Wenn man in der Politik merke, dass ein Gesetz nicht ausreiche, müsse man dieses ändern. Der Entwurf, der jetzt auf Bundesebene vorliege, regle die Problematik wieder nicht eindeutig.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) merkte u. a. an, dass es keine „grausigere Vorstellung als die sexuelle Belästigung von Kindern“ gebe, ihre Fraktion werde daher dem Antrag zustimmen.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) sagte, dass sexueller Missbrauch und sexuelle Gewalt schon für Erwachsene kaum auszuhalten und zu verkräften seien. Dinge dieser Art sollte man im Gesetz nicht zulassen, der nunmehrige Beschluss sei sicher eine Verbesserung. Der Opferschutz sei damit verbessert, es gebe auch technische Verbesserungen des Systems, es sei ein großer Schritt nach vorne gemacht worden.

Der auf Ablehnung lautende Ausschussantrag wurde angenommen.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Königsberger u.a. betreffend **Grenzkontrollen statt Sicherheitstüren**. Der Ausschussantrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) eröffnete die Debatte: Seine Fraktion nehme das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung ernst. Die zusätzlichen Maßnahmen des Landes seien zu begrüßen, die Problematik müsse aber international gelöst werden.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, die Kriminalstatistik zeige neuerlich eine höhere Deliktrate bei Einbrüchen in Einfamilienhäuser.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) betonte, Populismus verhindere keine einzige Straftat. Die Entwicklung der Kriminalität sei allerdings tatsächlich bedenklich,. Die Exekutive arbeite hervorragend, es fehlten aber in Niederösterreich 500 Polizisten.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) sagte, er verstehe nicht, wie man von einem Fluch der offenen Grenze sprechen könne. Heute erlebe man an der Grenze eine neue Zeit, die neue Freiheiten, wirtschaftlichen Aufschwung und mehr Lebensqualität bringe.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, die Aufrechterhaltung der Sicherheit sei eine Kernaufgabe der Politik. Die Polizei bemühe sich rund um die Uhr. Es sei nichts Schlimmes, die Grenzen vorübergehend wieder zu schließen.

Der Ausschuss-Antrag wurde mit Mehrheit von VP, SP und Grünen angenommen.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes (NÖ KAG)**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, ihr sei nicht klar, wo diese Umstrukturierungen in Niederösterreich umgesetzt würden. Ihre Fraktion werde nicht zustimmen.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) betonte, es gehe darum, Leistungen besser an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Der neue Orthopädieverbund Krems-St. Pölten-Lilienfeld sei ein positives Beispiel für ausgezeichnete wohnortnahe medizinische Versorgung.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) sagte, Ziel seien patientenorientierte und effiziente Flexibilisierungsmöglichkeiten an den Nahtstellen des Gesundheitssystems. Insgesamt sei die Gesetzesänderung sehr positiv.

Der Antrag wurde mit Mehrheit von VP, SP und FP angenommen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Hafenecker u.a. betreffend **Spekulationsverbot und Kontrollrechte in Ge-**

meinden, Verbänden und ausgelagerten Betrieben. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Dr. Helga **K r i s m e r - H u b e r** (G) meinte, diese Materie sei schon mehrmals im Landtag thematisiert worden. Wichtig sei eine umfassende Prüfkompetenz durch Prüfungsausschuss und Kontrollgremien.

Abgeordneter Christian **H a f e n e c k e r** (FP) meinte, in Niederösterreich gebe es mittlerweile fast 50 Gemeinden, die Prozesse gegen Banken führen. Die Verluste für die Gemeinden durch Spekulationsgeschäfte würden bei fast 40 Millionen Euro liegen. Daher sei eine Spekulation mit öffentlichen Geldern generell abzulehnen, dieser Grundsatz müsse auch für Gemeindeverbände und ausgelagerte Betriebe gelten.

Abgeordneter Rupert **D w o r a k** (SP) sagte, man habe erst vor kurzem in diesem Haus über die Problematik der Spekulationsverluste diskutiert. Die Gemeindeaufsicht im Amt der NÖ Landesregierung kontrolliere nicht nur, sondern begleite auch die Gemeinden bei ihren Problemen. Viele Bürgermeister seien in der Vergangenheit auch schlecht beraten worden. Nur ein generelles Spekulationsverbot könne hier helfen.

Abgeordneter Mag. Alfred **R i e d l** (VP) meinte, man habe im Bundesland Niederösterreich Regelungen geschaffen, wodurch die Gemeinden mittlerweile sehr gut „durchleuchtet“ würden. Ein Spekulationsverbot sei in der NÖ Gemeindeordnung bereits festgeschrieben worden. Alle Finanzangebote für Gemeinden, die nicht mündelsicher seien, müssten laut Gemeindeordnung speziell geprüft werden.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) meldete sich zur Geschäftsordnung und betonte, dass der Antrag auf Ablehnung lautet.

Der auf Ablehnung lautende Ausschussantrag wurde mit den Stimmen der VP angenommen.

Abgeordneter Edmund **T a u c h n e r** (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u.a. betreffend **Soziale Sicherheit in Niederösterreich – Einführung eines NÖ Familienschecks.** Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, seine Fraktion verlange eine Reform der Mindestsicherung, eine Abschaffung der Selbstbehalte sowie mehr Sachleistungen für Schulkinder.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) betonte, ein NÖ Familienscheck sei notwendig, weil immer mehr Familien in Armut leben würden, besonders Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher seien davon betroffen.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) erinnerte, Kinder seien der wichtigste Bestandteil einer Familie und sollten im Mittelpunkt der heutigen Diskussion stehen. Eine Familie in Vorarlberg müsse die gleiche Unterstützung bekommen, wie eine Familie in Niederösterreich. Überdies sei die Finanzierung des Familienschecks noch offen. Jeder in eine Kinderbetreuungseinrichtung investierte Euro fließe wieder in die Wirtschaft zurück.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) sagte, Familien seien im Bundesland Niederösterreich etwas sehr wichtiges. Beim Familienscheck werde nach dem „Gießkannenprinzip“ vorgegangen. Niederösterreich habe allein im Rahmen der Kindergartenoffensive 220 Millionen Euro investiert. Überdies gebe es Pendlerhilfe, eine familien-gerechte Wohnbauförderung und den NÖ Familienpass im Bundesland Niederösterreich.

Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grüne mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Ing. Haller, Gartner und Sulzberger betreffend **Grundwasser-
verunreinigung Korneuburg**.

Eine Änderung des Fristenlaufs wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, dass im Falle der Umweltkatastrophe in Korneuburg zu wenig Informationen an die Bevölkerung weitergegeben worden seien. Sie brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Sulzberger und Weidbauer einen **Antrag** betreffend Pestizidverseuchtes Grundwasser Korneuburg durch Kwizda ein.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sprach von einer Wasserkontaminierung in gewaltiger Dimension und meinte, dass es hierzu seitens der FP bereits Anfragen gegeben habe, die etwa von Minister Berlakovich nicht beantwortet worden waren. Er stellte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Lückenlose Aufklärung der Grundwasserverunreinigung Korneuburg.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) sprach von einem bedauerlichen Vorfall und hielt fest, dass alle Sanierungsmaßnahmen zu ergreifen seien. Es stelle sich die Verursacherfrage; Firmen sollten künftig besser kontrolliert werden, die öffentliche Hand sollte nicht zur Finanzierung der Schäden herangezogen werden.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) sagte, dass die Firma Kwizda im August 2010 von selbst Meldung über das Ausfließen eines Pestizides gemacht und die Bezirkshauptmannschaft Korneuburg darauf reagiert habe. Es habe regelmäßige Kontrollmessungen und eine Untersuchung durch Global 2000 gegeben, es wurde auch eine behördliche Überprüfung der Firma durchgeführt, Brunnen wurden gesperrt und das Grundwasser auf 800 Stoffe untersucht. Wasserrecht gehöre zudem in die mittelbare Bundesverwaltung, Landesrat Pernkopf habe hier korrekt gehandelt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, die Anträge (Pestizidverseuchtes Grundwasser Korneuburg und Lückenlose Aufklärung der Grundwasserverunreinigung Korneuburg) wurden abgelehnt.

Schluss der Sitzung!